Flüchtlingsfrauenhaus

Sachsen-Anhalt

– Rahmenkonzeption –

Präambel

Mit dem Betrieb eines Flüchtlingsfrauenhauses (im Weiteren FFH) trägt das Land Sachsen-Anhalt der besonderen Situation alleinreisender weiblicher Flüchtlinge (Asylbewerberinnen; ehemalige Asylbewerberinnen, die auf Grund rechtlicher oder tatsächlicher Unmöglichkeit nicht abgeschoben werden können) Rechnung. In diesem Haus sollen Frauen Aufnahme finden, die sich durch männliche Gewalt bedroht fühlen oder in ihren Heimatländern und/oder auf der Flucht traumatisiert wurden.

Die vorliegende Rahmenkonzeption enthält Regelungen zu der im Flüchtlingsfrauenhaus aufzunehmenden Zielgruppe, zu den Zugangsbedingungen, Beratungs- und Betreuungsangeboten, zur räumlichen Situation sowie zur Organisation des Tagesablaufes.

1. Zielgruppe

Im FFH sollen vor allem traumatisierte alleinreisende Asylbewerberinnen und geduldete ehemalige Asylbewerberinnen und deren Kinder aufgenommen werden, die in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt (ZAST) oder in Objekten der Aufnahmekommunen untergebracht sind. Durch die Aufnahme von ausreisepflichtigen geduldeten ehemaligen Asylbewerberinnen und deren minderjährigen Kindern darf sich eine Rückführung in das Herkunftsland nicht verschieben. Gleiches gilt für Überstellungen nach der jeweils gültigen Dublin-Verordnung bzw. der zukünftigen Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement. Die männlichen Kinder sollen nicht älter als 14 Jahre sein. In begründeten Ausnahmefällen kann von dieser Regelung durch die Leiterin des FFH abgewichen werden; das Landesverwaltungsamt ist zu unterrichten.

Alkohol- und drogenabhängige Frauen können nicht aufgenommen werden, da das für diese Frauen notwendige Angebot an psychosozialer Versorgung nicht zur Verfügung steht. Auch deutlich psychotische und stark neurotische Frauen sind in der Regel nicht in diesem Haus, sondern durch psychosoziale Einrichtungen zu betreuen.

Bei der Unterbringung von in der ZAST aufhältigen Frauen entfällt für diese die Wohnverpflichtung gemäß § 47 Abs. 1, 1a, 1b und § 49 Abs. 2 Asylgesetz (AsylG). Frauen, die das Leistungsangebot des FFH in Anspruch nehmen, werden der Stadt Halle (Saale) als Aufnahmekommune – sowohl ausländerrechtlich als auch leistungsrechtlich – zugewiesen.

Soweit sozialpädagogisch notwendig und von den Frauen gewünscht, können bei freien Kapazitäten Frauen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3, 4, 4a, 4b, 5 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) mit Zustimmung des Landesverwaltungsamtes im FFH untergebracht und betreut werden.

2. Personelle Ausstattung des Flüchtlingsfrauenhauses

Ein beachtlicher Teil der Frauen ist traumatisiert bzw. psychisch stark belastet. Um eine umfassende und qualitativ hochwertige Beratungs- und Betreuungsarbeit sicherzustellen, wird die Einstellung von drei Fachkräften angestrebt. Es handelt sich in der Regel um eine Leiterin und zwei Mitarbeiterinnen. Ehrenamtliche können zur Unterstützung für Aufgaben nach Ziffer 4.3. der Rahmenkonzeption hinzugezogen werden.

An das hauptamtliche Betreuungspersonal werden folgende Anforderungen gestellt:

- staatlich anerkannter Abschluss als Sozialarbeiterin, Abschluss (Bachelor, Diplom) als Sozialpädagogin; Soziologin, Psychologin oder gleichwertige Ausbildung;
- Erfahrungen in der Flüchtlingssozialarbeit und in der sozialpädagogischen Betreuung von Frauen mit sexualisierten Gewalterfahrungen sind wünschenswert;
- Kenntnisse in mindestens einer Fremdsprache (Englisch oder Französisch), Kenntnisse in einer weiteren Fremdsprache wünschenswert;
- interkulturelle Kompetenzen, nachweislich durch mehrjährige Erfahrungen im multikulturellen Umfeld mit Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund;
- Bereitschaft zu flexibler und zeitlich variabler Arbeitszeit;
- Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung;
- Einfühlungs- und Empathievermögen;
- Vorlage eines Führungszeugnisses nach § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz bei Vertragsbeginn und bei jedem späteren Wechsel der Mitarbeiterinnen.

Die besondere Problemlage von Frauen erfordern die Anwesenheit mindestens einer Fachkraft über einen möglichst langen Zeitraum. Dies bedeutet, dass an Werktagen von Montag bis Freitag von 07:00 bis 17:00 Uhr das Personal im Haus anwesend sein soll bzw. die telefonische Erreichbarkeit sichergestellt werden muss, sofern das Personal des FFH Außentermine wahrnimmt.

Eine Bewachung des Objektes durch einen professionellen Wachdienst während der Nachtstunden, an Feiertagen oder an Wochenenden ist nicht erforderlich. In dieser Zeit und bei Abwesenheit der FFH-Mitarbeiterinnen sind die Notrufnummern 110 für die Polizei und 112 für

Feuerwehr und Rettungsdienst zu benutzen, über die die Frauen beim Einzug in das FFH informiert werden.

3. Infrastrukturelle Ausstattung

Der Standort des FFH befindet sich im Gebiet der kreisfreien Stadt Halle (Saale) (vorzugsweise im Teilraum „Innere Stadt Halle“, oder „Hallescher Norden östlich der Saale“ entsprechend dem städtischen Integrierten Stadtentwicklungskonzept ISEK Halle 2025) und verfügt über eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der Nähe zu Ämtern und Einkaufsmöglichkeiten.

Das FFH muss den öffentlich-rechtlichen Vorschriften (insbesondere des Arbeitsstätten-, Hygiene- und Brandschutzrechts) und sonstigen Verpflichtungen entsprechen. Dies ist durch den Betreiber des FFH gegenüber dem Landesverwaltungsamt jährlich nachzuweisen.

Im FFH stehen bis zu insgesamt 10 Plätze für Frauen und deren minderjährigen Kinder zur Verfügung. Zur Vermeidung von ethnischen oder religiösen Konfliktsituationen kann eine Einzelunterbringung der Frauen erfolgen, sofern das Unterbringungsobjekt dies zulässt. Die Wohnräume sollen eine gemeinsame Unterbringung der Frauen mit ihren minderjährigen Kindern ermöglichen. Die Mindestgröße der Wohnräume sollte daher zehn Quadratmeter betragen. Soweit Wohnräume aus Kapazitätsgründen mit mehr als einer Bewohnerin belegt werden, ist darauf zu achten, dass nach Möglichkeit ethnische oder religiöse Konfliktsituationen vermieden werden.

Soweit die einzelnen Wohnräume nicht mit Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind, ist folgender Mindeststandard in separaten Sanitärräumen sicherzustellen:

- ein Waschbecken für maximal acht Personen;
- ein Duschplatz für maximal zehn Personen;
- ein Toilettenplatz für bis zu acht Personen;
- erforderliches Zubehör.

Die Gemeinschaftsküche soll folgende Mindeststandards erfüllen:

- ein Herd mit vier Kochstellen für bis zu zehn Personen;
- ein Abwasch- und Spültisch;
- ausreichend Kühlmöglichkeiten (mindestens 20 l je Person);
- Esstisch(e) mit entsprechender Anzahl von Stühlen;
- ausreichende Anzahl Geschirrschränke;

- Grundausrüstung an Ess- und Kochgeschirr je Bewohnerin.

Waschmaschinen sind in ausreichender Zahl und Kapazität nach Möglichkeit in einem getrennten Raum vorzuhalten.

Ein Raum des FFH muss als Gruppenraum nutzbar sein. Dieser Gruppenraum kann gleichzeitig auch als Besuchs- und (Gruppen-) Therapieraum dienen. Soweit dieser Raum nicht als Fernseh- und Aufenthaltsraum genutzt werden kann, kann hierfür ein gesonderter Raum vorgehalten werden. Gleiches gilt für einen Spielbereich für minderjährige Kinder.

Für die im FFH untergebrachten Kinder und Jugendlichen sollen geeignete Spielflächen bzw. Spielplätze in erreichbarer Nähe vorhanden sein.

Den FFH-Mitarbeiterinnen sollen angemessene Büroräumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Die technische Ausstattung des FFH umfasst eine Telefonanlage, einen Internetanschluss und Büroarbeitsplätze entsprechend üblicher Anforderungen.

Das FFH ist ein Haus der Ruhe und dient den Frauen als Schutzraum, weshalb die Adresse und damit auch der Standort des FFH geschützt ist. Aus diesem Grund muss es eine Postfachadresse geben. Ebenso wird für jede im FFH aufhältige Frau eine Auskunftssperre beim Einwohnermeldeamt beantragt.

Die Auslastung des FFH wird jährlich bis zum 31. März für den Zeitraum der beiden vorhergehenden Kalenderjahre überprüft. Beträgt die jährliche durchschnittliche Belegung in dem jeweiligen Zweijahreszeitraum mehr als 90 v. H. oder weniger als 50 v. H., entscheidet der Beirat über eine Kapazitätsanpassung entsprechend dem sich abzeichnenden Bedarf.

4. Aufgaben des Personals

4.1 Leiterin des FFH

Die Leiterin des FFH trägt die Hauptverantwortung für die Entwicklung, die Umsetzung und das Monitoring des Schutz- und Betreuungskonzeptes. Sie definiert die Rollen sowie feste Verantwortungsbereiche aller Mitarbeiterinnen, Ehrenamtlichen und Dienstleisterinnen im Rahmen der Umsetzung des Schutzkonzeptes, u.a. in Aufgaben- und Stellenbeschreibungen

und Verträgen. Sie nimmt im Übrigen auch Betreuungsaufgaben im Sinne der Nr. 4.2 der Rahmenkonzeption wahr.

4.2 Betreuungspersonal des FFH

- Telefonische und persönliche Beratung von hilfeschenden Frauen;
- fachliche Beratung und Begleitung der im Haus oder in der Wohnung lebenden Frauen und Kinder;
- Verweisberatung und Begleitung;
- bei Bedarf nachgehende ambulante Beratung und Betreuung der ehemaligen Bewohnerinnen des FFH in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Beratungsstellen sowie den zuständigen Einrichtungen und Diensten;
- Trauma-therapeutische Arbeit;
- Unterstützung der Bewohnerinnen bei der Verselbständigung;
- Öffentlichkeitsarbeit.

4.3 Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen

Weibliche Ehrenamtliche (z.B. Praktikantinnen, Frauen im Bundesfreiwilligendienst (BFD), Lotsinnen oder Patinnen) können zur Unterstützung des Betreuungspersonals eingesetzt werden. Die Leiterin des FFH hat festzustellen, ob die potenziellen Ehrenamtlichen für einen Einsatz im FFH geeignet sind. Zudem hat sie von diesen vor Beginn der Tätigkeit eine Verschwiegenheitserklärung einzuholen.

4.4 Beratungs- und Betreuungsangebote

Generell werden Beratungsgespräche sowohl für die Gruppe als auch für einzelne Frauen angeboten.

Im Einzelnen werden insbesondere folgende Angebote gemacht:

- Psychosoziale Beratung und Betreuung;
- Beratung und Sensibilisierung hinsichtlich therapeutischer Möglichkeiten, die auch extern angesiedelt sein sollten; ressourcenorientierte Vernetzung der im sozialen Umfeld vorhandenen Therapie- und Gesundheitsversorgung;
- Beratung bei Erziehungs- und Schulproblemen der Kinder;
- Begleitung bei Behördengängen und sonstigen Terminen, soweit dies erforderlich erscheint, einschließlich der Sicherstellung der Sprachmittlung im Einzelfall;

- (Sprachliche) Vermittlung in schwierigen Angelegenheiten, bei Bedarf Vermittlung von Dolmetscherinnen;
- Sensibilisierung für vorhandene Freizeitangebote und Unterstützung bei deren Inanspruchnahme;
- Aufbau von Kontakten und Vernetzung zu Migranten- und Frauenvereinen;
- Zugang zu weiteren Integrationsakteuren wie Integrationslotsen oder Bildungs- und Familienpaten, aber auch zur einheimischen Bevölkerung durch intensive Vernetzung mit ehrenamtlichen Strukturen schaffen, um an eine eigenverantwortliche Lebensführung ohne Hilfe des FFH-Personals heranzuführen;
- pädagogische Freizeitangebote für Kinder der Bewohnerinnen;
- Hausaufgabenbetreuung für die im FFH untergebrachten Kinder, Unterstützung der Mütter hinsichtlich der Kontaktaufnahme zu Kita und Schule;
- Wohnungssuche und Wohnungseinrichtung in Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale);
- begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Des Weiteren bieten die FFH-Mitarbeiterinnen bei Bedarf eine ambulante Nachbetreuung für ehemalige Bewohnerinnen an. In Ausnahmefällen können externe Beratungen für Flüchtlingsfrauen in besonderen Problemlagen durchgeführt werden.

Erfahrungen aus dem bisherigen Betrieb des FFH haben gezeigt, dass das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ sich sehr gut bewährt hat. Die Frauen haben oft ähnliche Gewalterfahrungen, so dass der gegenseitige Austausch befreiend und stabilisierend wirken kann. Die Mitarbeiterinnen des FFH sollten diese Erfahrungen nutzen und die Bewohnerinnen in diesem Sinne anleiten.

5. Aufgaben des Betreibers

Der Betreiber ist für die Umsetzung und das Monitoring des Schutz- und Betreuungskonzeptes verantwortlich.

Der Betreiber erlässt eine mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmte, leicht verständliche Hausordnung, in der u.a. auch die Zugangsberechtigung und die Zugangszeit von Besuchen geregelt wird. Die Hausordnung wird in die jeweilige Sprache der FFH-Bewohnerinnen übersetzt.

Dem Betreiber obliegt die Sicherstellung des Beschwerdemanagements gemäß Nr. 7 der Rahmenkonzeption sowie die Qualitätssicherung gemäß Nr. 8 der Rahmenkonzeption.

Der Betreiber überprüft regelmäßig die Sicherheits- und Gesundheitsrisiken für das Personal und die Bewohnerinnen. Erkannte Gefahren sind unverzüglich zu beseitigen.

6. Einrichtung eines Beirats

Das FFH wird durch einen Beirat begleitet. Seine Aufgabe umfasst schwerpunktmäßig die Koordination bzw. Abstimmung mit den jeweils handelnden Akteuren bei auftretenden Problemen sowie die fachliche Begleitung der Umsetzung dieser Rahmenkonzeption.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Beirates sind vertreten durch:

- Ministerium für Inneres und Sport
- Landesverwaltungsamt
- Integrationsbeauftragte(r) der Landesregierung
- Stadt Halle (Saale)

Der Vorsitz im Beirat obliegt der oder dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung.

Die Geschäftsstelle des Beirates liegt beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Der Betreiber des FFH gilt als ständiger Gast im Beirat.

In der Regel soll der Beirat einmal jährlich tagen. Zur Beiratssitzung soll der jährliche Qualitätssicherungsbericht (vgl. Ziffer 8.2 der Rahmenkonzeption) vorliegen.

7. Beschwerdemanagement

Der Betreiber ist verpflichtet, den untergebrachten Bewohnerinnen eine unmittelbare Beschwerdemöglichkeit einzuräumen.

8. Qualitätssicherung

Der Betreiber ist zur Qualitätssicherung der Tätigkeit des FFH durch nachfolgende Maßnahmen verpflichtet.

8.1 Dokumentation

Die Beratungs- und Betreuungsarbeit wird im Einzelfall sowohl für die betroffenen Frauen als auch für deren Kinder detailliert dokumentiert und orientiert sich am individuellen Hilfebedarf, der in einem teilweise standardisierten Hilfeplan unter Mitwirkung der Bewohnerinnen

festgehalten wird. Die Überprüfung, Anpassung bzw. Fortschreibung des Hilfeplans erfolgt in regelmäßigen Abständen.

8.2 Qualitätssicherungsbericht

Die Beratungstätigkeit im FFH wird in einem jährlichen Qualitätssicherungsbericht dokumentiert. Der Qualitätssicherungsbericht beinhaltet:

- Statistische Angaben zur Belegung des FFH;
- Angaben zur Teilnahme der Mitarbeiterinnen an Fortbildungsveranstaltungen;
- detaillierte Beschreibung der Beratungs- und Betreuungsarbeit des vergangenen Jahres;
- Angaben zur Einhaltung und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards.

Der Qualitätssicherungsbericht wird dem Ministerium für Inneres und Sport, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und dem Landesverwaltungsamt bis zum 30. April des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres zur Verfügung gestellt.

8.3 Evaluation

- Der Betreiber stellt unter Einbindung der Leitung und Mitarbeiterinnen des FFH eine jährliche Neubewertung und ggf. eine Anpassung der Lösungsansätze für Konflikte im Zusammenleben auf Grund der Zusammensetzung der Bewohnerinnen (Sprache, Herkunft, Gewalterfahrung) sicher.

8.4 Unterstützung des Personals

- Der Betreiber fördert die regelmäßige Teilnahme der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen des FFH an Fortbildungsangeboten in relevanten Themenfeldern. Er ermöglicht ihnen damit eine adäquate Qualität der zu leistenden Sozial- und Betreuungsarbeit. Das Fortbildungsangebot soll auch die im Bedarfsfall notwendige Qualifizierung zum Umgang mit den individuell über das Asylbewerberleistungsgesetz zur Verfügung gestellten Kommunikationshilfen für behinderte Frauen umfassen.
- Der Betreiber stellt für das hauptamtliche Personal des FFH eine regelmäßige Supervision sicher, um eine mögliche Überlastung oder einen drohenden Erschöpfungszustand zu verhindern.
- Der Betreiber ermöglicht dem hauptamtlichen Personal die Teilnahme an einem Fachaustausch mit entsprechenden Kolleginnen aus anderen Bundesländern.

9. Zugangsbedingungen/Aufnahmeverfahren

Eine Aufnahme in das FFH setzt grundsätzlich die Freiwilligkeit voraus und erfolgt auf Antrag.

Das Aufnahmeverfahren umfasst:

1. Ein Abklärungsgespräch zwischen der FFH-Leiterin und der potentiellen Klientin unter Berücksichtigung folgender Aspekte:
 - Klärung der aktuellen Lebenssituation und bestehender Problemlagen;
 - Abklärung psychosozialer und gesundheitlicher Belastungen und Beschwerden, eventuelle Krankenhausaufenthalte, Medikamenteneinnahme;
 - Thematisierung der traumatischen psychischen Hintergründe und der Flucht.
2. Eine fachliche Einschätzung zur psychosozialen und gesundheitlichen Verfassung der potentiellen Klientin soll in Abstimmung mit der ZAST bzw. mit der jeweiligen Aufnahmekommune sowie der Leiterin des FFH erfolgen.
3. Die Entscheidung über die Aufnahme in das FFH wird durch die Leiterin des FFH getroffen.
4. Bei positiver Aufnahmeentscheidung erfolgt unmittelbar eine Anmeldung beim Psychosozialen Zentrum für Migrantinnen und Migranten in Sachsen-Anhalt (PSZ) mit dem Ziel, den therapeutischen Bedarf frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Nach tatsächlich erfolgtem Einzug erfolgt eine ergänzende Information an das PSZ.

Sofern das FFH nicht allen Aufnahmewünschen gerecht werden kann, werden die Frauen und deren Kinder auf einer Warteliste vermerkt. In diesen Fällen entscheidet die Leiterin des FFH über die Reihenfolge der Aufnahme. Das Landesverwaltungsamt ist zu informieren.

Eine Clearingphase in Form eines Probewohnens findet nicht statt.

10. Leitlinien der Arbeit

Das FFH bietet den Frauen einen Rückzugsraum und Unterstützung bei der Verselbstständigung und bei der Bewältigung persönlicher Probleme. Das FFH ist keine Facheinrichtung zur Therapie psychischer Erkrankungen – die Bewohnerinnen sollen mit sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Unterstützung (das bezieht die Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Psychotherapeutinnen u. a. ein) in die Lage versetzt werden, ein überwiegend selbstständiges

Leben mit Grundregeln zu führen. Der Schutzraum des FFH soll zur Stabilität der persönlichen und psychischen Lebenssituation der Frauen beitragen.

Den Frauen fehlt zumeist ein geregelter Tagesablauf. Sie befinden sich in einer psychisch extrem belastenden Situation. Sie neigen zu Passivität, haben z. T. einen gestörten Schlaf-Wach-Rhythmus und leiden unter psychosomatischen Beschwerden. In Einzelgesprächen soll versucht werden, mit der Bewohnerin einen Ausgleich hierfür zu finden und ihren Tagesablauf zu strukturieren. Regelmäßige Aufgaben, wie z. B. Reinigen der Gemeinschaftsräume, Teilnahme an Kursen u. a. sollen abgesprochen und ggf. auch kontrolliert werden.

Ein weiterer Gesprächsbereich umfasst die Auseinandersetzung mit dem Erlebten und das (Wieder-)Erlernen von Krisenfestigkeit und Konfliktbewältigung. Erst wenn ein Vertrauensverhältnis hergestellt ist, können Verhaltensweisen wie z. B. Zuhören, den anderen Standpunkt annehmen oder den eigenen Standpunkt mit fairen Mitteln behaupten, wieder erarbeitet werden.

10.1 Sozialpädagogische Leistungen

Die Alltagsbewältigung und Alltagsgestaltung ist ein Aufgabenbereich. Ein Ziel ist es, dass die im FFH untergebrachten Frauen allein, d. h. ohne Familie leben (können) und sozialpädagogische Begleitung im Alltag und auf dem Weg zu ihrer Selbstständigkeit erfahren. Strukturmerkmale des begleitenden Alltags sind z. B. wiederkehrende Rhythmen und die Bewältigung von Aufgaben und Standardsituationen wie beispielsweise die selbstständige Bewältigung des Hausalltags oder auch wiederkehrende Behördengänge.

Dabei haben die Freiwilligkeit seitens der Klientin und das Vertrauen in die FFH-Mitarbeiterinnen oberste Priorität. Die Einzelfallarbeit unterliegt den Aspekten des Case Management:

- Erfassung des Hilfebedarfs: Planerstellung mit einer Zielsetzung;
- Durchführung mittels Aktivierung des Netzwerks;
- Begleitung und Unterstützung im Prozess.

Es ist notwendig, den Hilfebedarf im Einzelfall ständig zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Einzelfallarbeit ist immer auch Beziehungsarbeit.

10.2 Gruppenpädagogische Leistungen

Um das Zusammenleben in der Gemeinschaft solidarisch zu gestalten und zu stärken, sollen gemeinsame Veranstaltungen, Gespräche, Kurse und Freizeitangebote initiiert und durchgeführt werden.

Die Gruppenarbeiten sollten in deutscher Sprache durchgeführt werden, wobei das Augenmerk auf der Vermittlung einer alltagsgebräuchlichen Sprache liegen sollte. Freizeitgestaltungen für Frauen des FFH, wie beispielsweise Ausflüge an Wochenenden, Kinobesuche sowie an individuelle Bedürfnisse angepasste Aktivitäten tragen dazu bei, die soziale Kompetenz zu fördern.

Die Frauen bekommen auf diese Weise die Aussicht, trotz stark eingeschränkter Partizipationsmöglichkeiten und ungewisser Zukunftsperspektiven am gesellschaftlichen Leben teilweise teilhaben zu können. Damit bietet sich gleichzeitig die Chance für die Bewohnerinnen mit ihren traumatisierten Erlebnissen, Ängsten und psychischen Problemen beginnend umgehen zu lernen und mögliche spezifische Prozesse der Traumabewältigung einleiten zu können.

11. Aufenthaltsdauer

Der Aufenthalt im FFH ist grundsätzlich nur vorübergehend und maximal auf ein Jahr beschränkt. Eine Ausnahme hiervon bedarf der Zustimmung des Landesverwaltungsamtes; in strittigen Fällen ist der Beirat einzubeziehen.

Nach Beendigung des Aufenthaltes im FFH werden die Frauen in Wohnungen vor Ort untergebracht. Im Rahmen einer anschließenden ambulanten Betreuung werden die Frauen weiterhin durch die Mitarbeiterinnen des FFH unterstützt und können an den Angeboten des FFH teilnehmen.

12. Geltungsdauer

Diese Rahmenkonzeption tritt nach Bestätigung durch den Beirat in Kraft und ist Bestandteil des Vertrages mit dem Betreiber des FFH.